

Die G8 und die Militarisierung der Welt

Tobias Pflüger

Auch wenn die G8-Staaten in einigen Gebieten in Konkurrenz zueinander stehen, gibt es in vielen Bereichen einen politischen Konsens. Der besteht einerseits darin, dass es für alle Beteiligten zu riskant wäre, diese konkurrierenden Interessen militärisch auszutragen. Andererseits funktioniert die „Sicherheitskooperation“ der G7-Staaten mit Russland hervorragend. Auf Grundlage vergleichbarer Bedrohungsszenarien wird von den G8-Staaten ein globaler „Krieg gegen den Terror“ geführt. Die Verteidigungspolitischen Richtlinien der Bundeswehr legen auch für die Beziehungen zu Russland fest, „die gemeinsamen Maßnahmen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus bilden die Grundlage (!) für eine noch engere langfristige Kooperation“. Egal ob im Rahmen der russischen Militärdoktrin ein weiterer Zerfall durch Kampf gegen „Terroristen“ in Tschetschenien verhindert werden soll oder ob die westliche „Allianz gegen den Terror“ in Afghanistan und Irak interveniert - die Opfer sind überwiegend Zivilisten.

Bei den Militär- und Sicherheitsdoktrinen, die in den letzten Jahren entwickelt wurden, fällt auf, dass sie sich in vielen Punkten sehr ähnlich sind. Die Bedrohungsanalysen der Europäischen Sicherheitsstrategie (ESS) und der National Security Strategy (NSS) der USA sehen in Terrorismus, zerfallenden Staaten und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen die wesentlichen Gefahren, die es auch militärisch zu bekämpfen gilt. Faktisch ermöglicht dies eine Aufteilung der Welt in einen „funktionierenden Kern“ und Interventionszonen, in denen wahlweise Staatlichkeit hergestellt, Terrorismus bekämpft oder die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen verhindert wird.

Die Interessen der G8-Staaten werden, wenn möglich, politisch oder ökonomisch durchgesetzt, wenn es aber für notwendig erachtet wird, auch zunehmend militärisch. Die alte Zentrums-Peripherie-Theorie wird immer mehr politische Praxis: Die G8-Staaten als wirtschaftliche „Zentren“ der Welt unterstützen politische Eliten in den ärmeren Regionen der Welt, die bereit sind, zu den politischen und wirtschaftlichen Bedingungen der G8-Staaten mit ihnen zu kooperieren. So ist die Peripherie scheinbar in die Weltpolitik und die Weltwirtschaft eingebunden, in Wirklichkeit sind es aber nur die politischen und wirtschaftlichen Eliten der Gesellschaften im Süden.

Ein Beispiel für dieses „Zentrums-Peripherie“-Vorgehen der G8-Staaten ist die Unterstützung vor allem der europäischen G8-Staaten - auch mit militärischen Mitteln - für die Wiederwahl des kongolesischen Präsidenten Joseph Kabila.

Entsprechend dem Anspruch, eine Art „Weltregierung“ (global governance) darzustellen, versuchen die G8 eine weltweite Ordnungspolitik zu betreiben und erachten die von ihnen zu diesem Zwecke ausgeübte militärische Gewalt per se als legitim. Die UNO, in diesem Sinne eine Konkurrenz zu den G8, in der zumindest alle von ihr anerkannten Staaten vertreten sind, wird gezielt geschwächt und auf eine Rolle als Steigbügelhalter für die Interventionen der größten Wirtschaftsmächte reduziert.

Am deutlichsten haben natürlich die USA mit dem „Krieg gegen den Terror“ ihren globalen und dauerhaften Führungsanspruch formuliert. Die europäischen G8-Staaten haben sich jedoch sofort mit dem „Krieg gegen den Terror“ solidarisch erklärt und beteiligen sich entsprechend an den globalen militärischen Interventionen. Parallel zur Begründung durch den Terrorismus arbeitet die EU aber an einem weiteren Konstrukt um weltweit militärisch intervenieren, Länder besetzen, Protektorate errichten und lokale politische Führer festnehmen zu können. Mit der Human Security Doctrine wurde dies gar als Verpflichtung zum Schutz und zur Herstellung „menschlicher Sicherheit“ dargestellt. Dies geht in gewisser Weise sogar über das US-amerikanische Bild von der globalen Jagd auf Bösewichter a la Bin Laden hinaus, da hiermit ganzen Regionen die Fähigkeit zur Schaffung eigenständiger gesellschaftlicher Organisation ohne europäisch-transatlantische Hilfe abgesprochen wird.

Die Notwendigkeit militärischer Absicherung und „Hilfe“ von außen wird jedoch nicht nur moralisch-paternalistisch hergeleitet, sondern am Ende doch wieder aus nacktem Eigeninteresse. Denn: wo Europa keine „menschliche Sicherheit“ schaffen würde, entstünden wiederum nahezu zwangsläufig die von allen G8-Staaten identifizierten Bedrohungen: Terrorismus, zerfallende Staaten und Märkte für Massenvernichtungswaffen. Neueste Idee der EU-Trendsetter ist das so genannte „Human-Rights-Instrument“. Mit diesem politischen Mittel kann die EU-Kommission ab sofort überall auf

der Welt, alle politischen Gruppen - einschließlich Stiftungen und Parteien - auch gegen den Willen der jeweiligen Regierungen umfangreich finanziell und damit auch politisch unterstützen. Als Beispiel für die Möglichkeiten, die sich hierdurch böten, nannte der jüngst wiedergewählte Vizepräsident des Europäischen Parlaments, der zusammen mit der Grünen Hélène Flautre den entsprechenden Bericht im Europäischen Parlament verantwortet hatte, die Finanzierung von Oppositionsgruppen in Kuba durch die EU-Kommission.

Russland ist im transatlantischen Krieg gegen den Terror zwar nicht in erster Linie beteiligt, übernimmt aber dieselbe Terminologie, um auf brutale Weise seinen Hinterhof zu kontrollieren. In Tschetschenien demonstriert es blutig und kontinuierlich, was denjenigen passieren kann, die sich dem politischen Einfluss Russlands entziehen möchten. Tschetschenien dient dabei auch als Vorbereitung auf zukünftige Konflikte in den rohstoffreichen Gebieten Zentralasiens.

Welche Bedeutung der Zugang zu Ressourcen wie Öl in Zukunft haben wird, können wir gegenwärtig nicht nur an den Konflikten in der Peripherie Russlands erkennen, sondern auch in den Strategiepapieren der USA, der EU und Deutschlands, wo dieser allesamt als nationales Interesse definiert wird, das notfalls auch militärisch zu verteidigen sei.

Ein deutlicher Indikator für die Bedeutung militärischer Macht in einer Zeit zunehmender Konkurrenz der Wirtschaftsmächte, sind die intensiven Bemühungen der japanischen Regierung, sich seiner außenpolitischen Beschränkungen zu entledigen, die aus der Erfahrung zweier Atomwaffenangriffe und der Niederlage im Zweiten Weltkrieg stammen und Japan bis 2001 tatsächlich aus allen Kriegen herausgehalten hat. Im Zuge einer breit angelegten „Reformpolitik“ in Reaktion auf die Wirtschaftskrise der späten 1990er wurde nicht nur die japanische Variante des Sozialabbaus betrieben, welche Teile der Bevölkerung in zuvor nicht gekannte Armut stürzte, sondern auch gegen den Willen der Bevölkerung Außenpolitik militarisiert. Nach dem 11.9.2001 sprach die japanische Regierung von einem „japanisch-amerikanischen Bündnis“ und erließ Sondergesetze, um sich am Krieg gegen Afghanistan beteiligen zu können. 2002 entsandte sie hierfür einen Zerstörer in den Indischen Ozean und 2003 Soldaten in den Irak, im selben Jahr verabschiedete das Parlament Notstandsgesetze. 2004 schickte der frühere Außenminister Tamazawa ein Kriegsschiff Richtung Kuwait mit den Worten: „Es hängt von dieser Schlacht ab, ob das Kaiserreich aufsteigt oder untergeht“, fast als wollte er sagen: „Das Schicksal des Landes hängt davon ab, ob wir bereit sind, wieder Krieg zu führen.“ Wer global führen will, der muss auch bereit sein, militärisch zu handeln. Der Artikel 9 in der japanischen Verfassung, der einer Militarisierung der japanischen Außenpolitik entgegensteht, soll nun gestrichen werden. Dagegen gibt es Widerstand, der unterstützt werden muss.¹

¹ Einen sehr guten Überblick zur Remilitarisierung Japans liefert Eiichi Kido (2005): „Nach der Tragödie die Farce?“, in: Wissenschaft und Frieden 2/2005, Dossier Nr.49

Die neue Weltordnung

Durch die Festlegung auf einen Konsens der freien Marktwirtschaft und formale Demokratie, die jedoch durch Terrorgefahr in eine permanente Art Ausnahmezustand versetzt wird, ist es den G8 gelungen, weltweite Maßstäbe für „Good Governance“ zu setzen. Wenn gegen diese verstoßen wird - und dies die Interessen der großen Wirtschaftsnationen tangiert - so maßen sie sich an, militärisch zu intervenieren.

Am deutlichsten wird die Wirkungsmacht einer solchen - wenn nicht konzertierten, so zumindest abgestimmten - Politik an den Veränderungen, denen gegenwärtig das Völkerrecht unterworfen ist bzw. denen seine Interpretation unterworfen ist. Grundlage des Völkerrechts ist die staatliche Souveränität, das heißt, das Verbot von Einmischung, geschweige denn militärischer Intervention, durch andere Staaten und ihre Verbände. Hier sind in den letzten Jahren kontinuierlich Ausnahmen geschaffen und ausgeweitet worden. Dies gilt nicht nur für so genannte Blauhelme, deren Mandate immer „robuster“ werden und die zu einem überwiegenden Teil von den G8 finanziert (ironischerweise innerhalb der EU auch mal abgerechnet über den Entwicklungshilfe-Fonds) und kommandiert werden, deren Soldaten in der Masse aber aus wirtschaftlich schwächeren Staaten stammen.

Die Umformulierung des Völkerrechts als Friedensgarant zu einem Interventions-Passierschein erfolgt v.a. durch zwei Konzepte, die einerseits von den USA, andererseits von der EU und Kanada forciert, von der anderen Seite aber jeweils unterstützt werden. Von den USA wurde der Präventivkrieg als sozusagen vorauseilende Selbstverteidigung umdefiniert und damit versucht zu legitimieren. Die EU und Kanada setzen sich innerhalb der UN für eine „Verantwortung zum Schutz“ ein, die es ermöglichen soll, im vermeintlichen Interesse der ansässigen Bevölkerung gegen Regime zu intervenieren, die sich nicht an die Regeln der „good governance“ halten, sowie die Länder so lange besetzt zu halten, bis ihre politischen und polizeilich-militärischen Strukturen westlichen Ansprüchen entsprechend aufgebaut und sich die Bevölkerung an „Demokratie“ und v.a.: Marktwirtschaft gewöhnt hat.

Militärische Strategien/ Die kommenden Kriege

Betrachten wir vor diesem Hintergrund den gegenwärtigen Umbau der Armeen und „Sicherheitskräfte“ in den G8-Staaten, die Ausweitung des Aufgabenspektrums des Militärs (u.a. durch den erweiterten Sicherheitsbegriff) und die Haltung der G8 zu Atomwaffen, so können wir uns ein Bild von den kommenden Kriegen machen.

Massenarmeen, deren Schwerpunkt die territoriale Verteidigung war, wurden in den letzten Jahren umgebaut zu global einsetzbaren Interventionstruppen. Dies bedeutet einerseits hochflexible und verdeckt operierende Spezialeinheiten wie das Kommando Spezialkräfte, die notfalls auch ohne offiziellen Regierungsauftrag Kommandounternehmen durchführen können. Als Speerspitze offizieller Einsätze fungieren dann schnell verleg-

bare, ebenfalls gut ausgerüstete Einheiten, wie sie gerade für die multinationalen „Battlegroups“ der EU aufgestellt und beispielsweise in der DR Congo eingesetzt und erprobt wurden. Für den dauerhaften Einsatz in besetzten Gebieten können dann auch (länger dienende) Wehrpflichtige (wie im Falle der EU und Russlands) oder US-amerikanische Nationalgardisten zum Einsatz kommen.

Wichtiger als diese „einfachen Soldaten“ sind aber fast noch die zivil-militärischen Komponenten von Besatzungsregimen, Gendamerieeinheiten wie Bundespolizei und Carabinieri, aber auch Polizisten, Richter, Staatsanwälte, Entwicklungshelfer, Ausbilder etc., die explizit für die Zusammenarbeit mit dem Militär im Ausland geschult wurden und bereit stehen. Hierfür werden insbesondere in der EU (Deutschland hat mit dem ZIF eine entsprechende Institution geschaffen) und den USA Kapazitäten aufgebaut. Bislang war es nämlich oft schwierig, für so genannte „Friedensmissionen“ Zivilisten zu finden, die einerseits bereit waren, mit dem Militär zu kooperieren und sich in dessen Struktur einzugliedern, andererseits kompetent und willens, ihre Karriere für kurzfristige Projekte im Ausland zu unterbrechen.

Diese zivil-militärischen Kooperationen dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass der klassische Angriffskrieg nach wie vor eine Option bleibt und der Nuklearschlag gleichzeitig wieder zur Option gemacht wird.

Dabei wird auf absolute Dominanz gesetzt, die sich v.a. durch einen Vorsprung an ebenfalls oft unter zivilem Deckmantel entwickelter Informationstechnologie ergibt. Die Ausgaben für Rüstungsforschung steigen in allen G8-Staaten, auch der Wettlauf um die Eroberung des Weltraums hat sich wieder beschleunigt. Die EU hat in ihrem neuen 7. Forschungsrahmenprogramm dazu extra einen neuen Titel „Sicherheitsforschung“ mit 1,4 Milliarden Euro geschaffen und den Titel Weltraumforschung mit vielen militärischen Komponenten erweitert.

Insbesondere für die Überlegenheit im Luftraum und die schnelle Verlegbarkeit auch schwereren Geräts werden Großprojekte wie der A400M durch die Staaten in Auftrag gegeben, die zu höheren Gewinnen und gleichzeitig einer Konzentration auf dem Rüstungsmarkt führen. Die Europäische Rüstungsagentur soll diesen Prozess bewusst forcieren.

Nicht zuletzt gewinnen auch die atomare Dominanz und die Option eines Atomschlags wieder an Brisanz. Abrüstung und Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen gelten nur für die jeweils anderen. Die G8-Staaten (mit Ausnahme Italiens, Japans und Kanadas sowie eingeschränkt: Deutschlands, die über keine Atomwaffen verfügen) verletzen kontinuierlich den Atomwaffensperrvertrag, der sie zu Verhandlungen über die vollständige Abrüstung ihrer Nukle-



Japans Außenminister und NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer, Foto: NATO

arsenale verpflichtet. Im Gegenteil wurde in letzten Jahren die Schwelle für den Einsatz von Atomwaffen gesenkt. Die US-Regierung erwog 2002 im Rahmen der Nuclear Posture Review den „präventiven“ Einsatz von Atomwaffen und im Januar 2006 verkündete Jacques Chirac eine Herabsetzung der Einsatzschwelle für französische Atomwaffen. Wenn eine Gefährdung „in das Feld unserer vitalen Interessen“ fallen sollte, dann sei der Rückgriff auf Atomwaffen möglicherweise gerechtfertigt. Das aktuelle Weißbuch der Bundeswehr bezieht sich positiv auf die nukleare Teilhabe im Rahmen der NATO und damit mehr oder weniger direkt auf diese offensive Einsatzoption, die im Übrigen auch im Entwurf für ein europäisches Weißbuch erwogen wird. Im European Defence Paper werden Szenarien für künftige Einsätze präsentiert, „in welchen die nationalen Nuklearstreitkräfte europäischer Mitgliedstaaten (Großbritannien und Frankreich) entweder explizit oder implizit in die Planung mit einfließen könnten.“ Die Entwicklung euphemistisch genannter „Mini - Nukes“ sollen den Einsatz von Atomwaffen realistischer werden und leichter legitimierbar machen und wurde bereits mehrfach gegen den Iran angedacht.

Interessant ist in diesem Kontext, dass die G8-Staaten „natürlich“ auch die Staaten sind, die mit großem Abstand am meisten Waffen exportieren. Die EU ist seit 2005 Weltwaffenexporteur Nummer 1 noch vor den USA und Russland. Innerhalb der EU sind Frankreich,

Deutschland und Großbritannien führend.

Diese neue Rüstungswelle ist nur im globalen Kontext zu verstehen. Nach der Blockkonfrontation blieben die USA als einzige Weltmacht übrig. Wir erleben nun die Neuaushandlung zukünftiger globaler und regionaler Machtpositionen. Hierbei wollen die EU und ihre Mitgliedstaaten eine wichtige Rolle spielen. Machtpositionen sind nicht unabhängig von Marktpositionen. Der strategische Dreh- und Angelpunkt zum Erhalt und Ausbau von Marktpositionen liegt (zumindest zurzeit noch) im Zugang zu fossilen Rohstoffen. Womit die strategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens, Zentralasiens aber auch bestimmter afrikanischer und lateinamerikanischer Regionen deutlich wird. Nicht zufällig sind (mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten) die verschiedenen G8-Staaten in diesen Regionen offen oder verdeckt militärisch aktiv. Die G7- oder wahlweise G8-Staaten bilden im Wettlauf um strategische Rohstoffe ein Zweckbündnis. Mittel- und langfristig birgt die Frage, welche globale Bedeutung die EU als neue Großmacht und welche Stellung Russland noch oder wieder haben wird, mehr als genug Sprengstoff. Vorläufig sind die Hoffnung auf die gemeinsame Eliminierung störender regionaler Machtfaktoren (Iran), die globale Durchsetzung vorteilhafter Terms of Trade und die Erhaltung eines relativen Vorsprungs vor China und Indien jedoch gemeinsame Interessen und damit Anreize genug für Kooperation.



Foto: indymedia